

**Antworten der SPD**  
**zum Fragenkatalog von**  
Pax Christi im Bistum Mainz  
Basisgruppe Rheinhessen  
Internationale Katholische Friedensbewegung

**Zu Frage 1:**

Ja. Die SPD hat dazu bereits im März 2012 einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingereicht, der allerdings von der Regierungskoalition abgelehnt wurde.

**Zu Frage 2:**

Die SPD fordert deutlich mehr Kontroll- und Informationsrechte des Deutschen Bundestages bei Rüstungsexportentscheidungen.

**Zu Frage 3:**

Die SPD fordert ebenfalls eine verbindlichere gesetzliche Regelung für eine restriktive Rüstungsexportpolitik. Die bislang geltenden „Politischen Grundsätze“ sollen gesetzlich verankert und somit deutlich aufgewertet werden. Rüstungsexporte in sogenannte Drittländer müssen restriktiv gehandhabt und dürfen nur in Ausnahmefällen zugelassen werden. Die rüstungsexportpolitischen Grundsätze Deutschlands dürfen auch nicht durch die „Hintertür“ einer europäischen oder NATO-weiten Harmonisierung verwässert werden.

**Zu Frage 4:**

Sollte nach umfassender und restriktiver Prüfung aller Rüstungsexportrichtlinien und politischer Grundsätze eine positive Entscheidung erfolgen, kann das Instrument Hermes-Bürgschaften nicht per se ausgeschlossen werden.

**Zu Frage 5:**

Sehr ernst. Die SPD ist ebenfalls der Ansicht, dass es keine Rüstungsexporte in Krisengebiete und in Länder, in denen die Menschenrechte missachtet werden, geben darf. Dies lehnen wir ebenso ab wie eine Ausweitung von Rüstungsexporten aus wirtschaftlichen Gründen und als Ersatz für eine aktive Außenpolitik.